Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugs-Preis: Vierteljährlich 1,80 Mark, bei Zustellung durch die Boten 2,— Mark.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonst. irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten od. d. Beförderungs-Einrichtungen) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigeblatt

Anzeigen-Preis: Die kleingespaltene Zeile oder deren Raum wird mit 25 Pfg., auf der ersten Seite mit 50 Pfg. berechnet.
Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle erbeten.
Jeder Anspruch auf Nachlaß erlischt, wenn der Anzeigen-Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder wenn der Auftraggeber in Konkurs geriet.

Fernsprech-Anschluß: Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 29148. Schriftleitung, Druck und Verlag: Hermann Rühle, Groß-Okrilla

Nummer 104 — Freitag, den 5. September 1919 — 18. Jahrgang.

Neuestes vom Tage.

— Zu der Meldung aus Köln über die Ankunft des ersten Tausend deutscher Kriegsgefangener wird mitgeteilt: Der Oberste Rat hat der englischen Regierung die Erlaubnis zur Leerung des Kriegsgefangenenlagers Etaples und Heimsendung der sich dort befindlichen deutschen Kriegsgefangenen gegeben. Es handelt sich um ein englisches Lager, das sich auf französischen Boden befindet. Dort befanden sich etwa 5000 Gefangene, von denen die ersten tausend in Köln eintrafen; 976 wurden nach dem Lager Meschede gebracht, 23 verblieben in Köln, da sie aus dem besetzten Gebiet stammen. Weitere gleich starke Transporte werden erwartet. Auf eine Anfrage bei der Waffenstillstandskommission in Köln über andere Transporte aus anderen Lagern wurde geantwortet, daß davon nichts bekannt sei. Man darf aus diesem Abtransport von Kriegsgefangenen aus dem einen Gefangenenlager nicht optimistische Rückschlüsse auf die Heimbeförderung auch aus anderen Kriegsgefangenenlagern machen. Hier handelt es sich um einen Sonderfall, über die Heimbeförderung der anderen wird, wie bekannt, immer noch in Versailles verhandelt.

— Wie der „Temps" meldet, werden 20000 Elsässer und Lothringer der Jahresklasse 1918/19 einberufen werden. Die Einberufenen haben schon deutschen Herresdienst geleistet, werden aber die gleiche Dienstpflicht zu erfüllen haben, wie die französische Jahresklasse. Die Erregung der Elsässer nimmt bereits Formen, die den Franzosen wenig behagen werden, die sie aber ausschließlich auf ihr eigenes Schuldkonto zu setzen haben.

— In Straßburg fordern autonomistische Aufrufe an allen Plakatsäulen das elsässische Volk zur Erhebung auf.

— Wie „Matin" meldet, sind infolge des Generalstreiks der Bergarbeiter in Elsaß-Lothringen zahlreiche Kalischächte ersoffen oder schwer beschädigt. Es ist auch zu zahlreichen blutigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen gekommen.

— 25000 Mann französische Truppen werden für die Verstärkung der Besatzung der Rheinpfalz und das Oberelsaß in den nächsten Tagen an ihren Bestimmungsorten eintreffen. Im oberelsässischen Industriegebiet ist die Lage weiter ernst. Durch die radikalen Elemente werden die Textilarbeiter zur Arbeitsniederlegung aufgefordert. In Mühlhausen, Gebweiler und Altkirch wurde deshalb der verstärkte Belagerungszustand erklärt. Gegen die aufrührerischen Elemente hat die französische Behörde mit Todesstrafe gedroht.

— Die „Pfalz-Zentrale" meldet: Die Regierung der Pfalz gibt unterm 31. August eine amtliche Mitteilung heraus über die traurigen Vorgänge in Ludwigshafen, die von allen pfälzischen Blättern veröffentlicht werden muß, mit deren Veröffentlichung die französische Behörde „einverstanden" hat. Dieser Kommentar gibt eine so harmlose Erklärung des Ueberfalls auf das Postamtsgebäude in Ludwigshafen, daß man auf den ersten Blick sieht, daß es sich um eine Darstellung handelt, die von der französischen Besatzungsbehörde vorgeschrieben worden ist. Nach dieser Darstellung ist die Ludwigshafener Bluttat lediglich darauf zurückzuführen, daß ein französischer Polizist auf der Treppe des Hauptpostamts hinfiel, in seiner Aufregung (!) dann seinen Revolver griff und drei deutsche Beamte, die in seiner Nähe waren, niederschoß. Bezeichnend für die Auffassung des Regierungspräsidiums ist jedoch der Schlußsatz: „Für den Fall, daß die Untersuchung der amtlichen deutschen Stellen gegenteilige Tatsachen zutage fördern wird, behalte ich mir eine mir geeignet erscheinende Richtigstellung vor." Es ist zu hoffen, daß diese Richtigstellung recht bald erfolgen wird, denn die deutsche Bevölkerung hat ein Recht darauf, zu erfahren, warum diese deutschen Beamten von einem französischen Soldaten niedergeschossen wurden. Oder ist das Leben eines französischen Soldaten mehr wert als das der deutschen Postbeamten? Und immer wieder müssen wir fragen, wo die Reichsregierung bleibt, die im Fall Mannheim so umgehend den übertriebenen französischen Forderungen nachkam. Warum verlangt sie nicht auch ½ Million für die drei Opfer und 3 Millionen Buße von den Auftraggebern der größenwahnsinnig gewordenen Besatzungsbehörden?

— Delegierte des Hamburger Arbeitsamtes, die nach dem Ruhrrevier entsandt waren, erklärten in einer Sitzung des Hamburger Arbeiterrates, daß die von Hamburg nach den Kohlenzechen gesandten Arbeiter mit den Arbeitsverhältnissen zufrieden seien. Nur die Wohnungsfrage bereitet Schwierigkeiten. Im Kohlenrevier können nach Aussagen von Bergwerksdirektoren nur etwa 150000 Arbeiter untergebracht werden. Die Bergarbeiter haben mit dem Streik gedroht, wenn die Großstädte die Erwerbslosenunterstützung noch weiter zahlen, und weiter verlangt, daß nur organisierte Arbeitslose dorthin geschickt werden dürfen. Die noch in den Reihen der Reichswehr stehenden Bergarbeiter werden sofort entlassen.

— Auf der am Sonntag abgehaltenen Kreisversammlung der Mehrheitssozialisten des früheren 6. sächsischen Reichstagswahlkreises (Dresden-Land) trat wieder Sindermann für eine Regierungsbildung mit den Demokraten ein. Er wies dabei darauf hin, daß unter dem Verhältnis von fünf sozialdemokratischen und zwei demokratischen Ministern dafür gesorgt sei, daß in allen Hauptfragen eine Politik im sozialdemokratischen Sinne gemacht werden könne. Der Redakteur Sachs von der „Dresdner Volkszeitung" führte aus, daß man zu einer Regierungsbildung mit den Demokraten kommen müsse, daß es mit der sozialistischen Regierung zu Ende sei, wenn die Demokraten nicht aufgenommen würden. Ließe man es zu einer Auflösung der Volkskammer kommen, dann sei noch lange nicht gesagt, ob etwas für die Sozialdemokraten gewonnen sei. Ein Teil ihrer Mandate würde an die rechten Parteien verloren gehen und dann würde man ein Ministerium bekommen, in dem der demokratische Einfluß noch stärker sein wird, als dies jetzt der Fall sei. Deshalb müsse man sich mit der Tatsache abfinden, eine sozialistisch-demokratische Regierung zu bilden. Man dürfe sich nicht darüber täuschen, daß die Aufgaben der Verwaltungskörperschaften gegenwärtig ungeheuer schwierig seien. Der Einfluß der Sozialdemokraten werde immer mehr gestärkt, deshalb hätten sie ein großes Interesse daran, daß ihre Arbeit durch Ausschreibung neuer Wahlen gestört werde. Auch aus diesen Gründen sei es das kleinere Uebel, wenn Demokraten in die Regierung genommen würden. Nach diesen Ausführungen lehnte die Versammlung einen Antrag aus der Mitte der Teilnehmer mit überwiegender Mehrheit ab, sich gegen eine Bildung der Regierung mit den Demokraten auszusprechen.

Oertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 4. September 1919.

— Fleischversorgung im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt einschl. der Stadt Radeberg. Für die Woche vom 1. bis 7. September 1919 erhalten auf die Reichsfleischkarte Reihe „C" Personen über 6 Jahre auf die Reichsfleischmarken 1—10 160 Gramm Rinder-Pökelfleisch, Personen bis zu 6 Jahren auf die Reichsfleischmarken 1—5 80 Gramm Rinderpökelfleisch. Als Verkaufspreis an die Verbraucher sind festgesetzt: für 160 gr 1,44 Mk., für 80 gr 72 Pfg. Wegen Mangel an Kleingeld ist es dringend nötig, den zu zahlenden Betrag abgezählt bereit zu halten. Das Rinderpökelfleisch muß, da es stark gesalzen ist, vor der Zubereitung gewässert werden. Große Stücken müssen 2—3 Tage in frisches häufig zu erneuerndes Wasser gelegt werden. Zweckmäßig ist, das Fleisch in kleine Stückchen (Goullaschwürfel) zu zerschneiden, weil zur Entsalzung dieser Stücke durch Wasser nur 6—8 Stunden Zeit erforderlich ist. Das so behandelte Fleisch quillt gleichzeitig wieder auf und schmeckt namentlich beim Kochen mit Gemüsen, die nicht gesalzen zu werden brauchen, ausgezeichnet.

— Von maßgebender Seite wird zu unserer Brotgetreidewirtschaft mitgeteilt: Unter Berücksichtigung der Verspätung der diesjährigen Ernte bleiben im Vergleich zum Vorjahre die Verladungen um mehr als die Hälfte zurück. Da wir nun täglich mehr an Getreide ausgeben als wir einnehmen, so ist der Tag leicht auszurechnen, wo der Bestand soweit gesunken ist, daß die Getreidewirtschaft am Rande ihrer Fähigkeit angelangt ist. Das einzige Mittel hiergegen ist die Druschprämie, die nunmehr auf das Reich übernommen werden wird. Am Mittwoch haben Besprechungen mit den Vertretern aller landwirtschaftlichen Organisationen in Berlin stattgefunden, um ihnen klarzumachen, daß wir vorläufig die Zwangswirtschaft beibehalten müssen.

— Zur Sicherung des Brotgetreides darf der Ausdrusch von Hafer nur erst ab 15. Oktober erfolgen.

— Die Heide blüht! Farbensatt leuchtet sie dem Spaziergänger auf seinem einsamen Gängen entgegen und erinnert uns an den Herbst, der sich nun auch schon für sein Regiment rüstet. Aber gerade der Herbst mit seiner violetten Heide, seinem gelb-roten Laub hat seinen herrlichen Reiz.

— Der Höchstpreis für Frühkartoffeln beim Verkaufe durch den Erzeuger wird für den Freistaat Sachsen ab 1. September 1919 zunächst auf 10 Mark für den Zentner herabgesetzt.

— Kohlennot und Nährmittelversorgung. Die allgemeine Kohlennot bedroht auch die Nährmittelversorgung des deutschen Volkes. Die Nährmittel müssen bekanntlich durch Bearbeitung in maschinellen Betrieben, wie Graupen- und Grießmühlen, Teigwarenfabriken usw. hergestellt werden. Dabei ist man auf größere leistungsfähige Betriebe angewiesen, die mit Maschinen arbeiten. So kann man bei der Graupenherstellung nicht auf Windmühlen zurückgreifen, und Werke, die mit Wasserkraft betrieben werden, stehen längst nicht so viel zur Verfügung wie benötigt werden. Es werden zur Nährmittelversorgung für das neue Erntejahr angefordert in 1000 Tonnen: Teigwaren 140, Keks und Zwieback 21, Grieß 120, Hafernährmittel 200, Graupen 240, Kindergerstenmehl 15, Kartoffelsago und Graupen 15.

— Verbot der sogenannten Spielklubs. Der Beauftragte der Regierung und der Militärbefehlshaber für Sachsen erlassen ein Verbot der sogenannten Spielklubs. Alle derartigen Klubs haben binnen drei Tagen ihre Auflösung anzuzeigen, widrigenfalls Gefängnis, Haft- und Geldstrafen erfolgen. Man wird der Regierung Dank zollen, daß sie der mehr und mehr um sich greifenden Spielhöllenwirtschaft endlich ein Ende bereitet.

Meißen. Beim Besuch des Reichspräsidenten Ebert und Reichswehrministers Noske ereignete sich folgender Zwischenfall: Als die beiden Staatsmänner die staatliche Porzellanfabrik verließen, trat ein Spartakist namens Heinemann aus Nünchritz bei Riesa an ihr Automobil und beschimpfte sie mit Ausrufen wie „Bluthunde". Er erklärte dabei, daß, wenn er Waffen bei sich hätte, er beide niederschießen würde. Heinemann wurde verhaftet und nach Dresden gebracht.

Bautzen. Der Streik der Volksschullehrer in Seidau hat zu dem Ergebnis geführt, daß der dortige Direktor Schulze auf Beschluß des Schulvorstandes ab Ende dieses Jahres in den Ruhestand versetzt worden ist.

Großhennersdorf. Durch ein Gewitter war hier ein Draht der elektrischen Leitung auf die Straße geschleudert worden. Als das von einem Scholar geführte Pferd des Gutsbesitzers Göhle auf den Draht trat, stürzte es zusammen und begrub den jungen Mann unter sich, der einen Nervenschock erlitt. Während man ihn befreite, hatte ein Pferd des Gutsbesitzers Mentschel dasselbe Geschick ereilt.

Rochlitz. Vor einigen Tagen wurde in der Mühle zu Poppitz ein 14 Meter langer Treibriemen im Werte von 2000 Mark gestohlen. Jetzt entwendeten Diebe aus dem Grundstück des Gutsbesitzers Gotthardt in Poppitz vier Schweine, töteten sie und fuhren sie in einem Handwagen, den sie aus einem dem Besitzer gehörenden Schuppen entnahmen, davon.

Chemnitz. Ein Einbruch wurde nachts in die Pfarramtskanzlei der Johannisgemeinde verübt. Die Einbrecher erbeuteten Geld, eine Schreibmaschine, Abendmahlsbecher und -Kelche, Kruzifixe und Leuchter.

Greiz (Reuß). Hier ist soeben ein Mann zur letzten Ruhe gebettet worden, dessen Leben ebenso reich an großen Hoffnungen wie bittersten Enttäuschungen war. Im Alter von 55 Jahren starb hier der Feilenhauer Albert Donner, dessen ganzes Leben der Vervollkommnung einer Erfindung gewidmet war, die dem Wohle der Menschheit dienen sollte. Donner erfand eine Eisenbahn-Signalvorrichtung, die bei drohender Gefahr den Zug selbsttätig anhielt. Im Berliner Eisenbahnministerium fand die Erfindung viel Interesse, und es sollte auch eine Erprobung auf freier Strecke stattfinden, da kam der Krieg. Die vielen in- und ausländischen Patente verschlangen Unsummen, und da jetzt an eine Verwendung der Erfindung, die in der Fachpresse besprochen und mit Bildern des Erfinders veröffentlicht wurde, nicht zu denken war, starb Donner, zermürbt durch die unausgesetzten Enttäuschungen als ein armer Mann, der das Erfinderlos in der traurigsten Gestalt an sich hatte erfahren müssen.

SLUB
Wir führen Wissen.